

Bericht des Regierungspräsidiums

Autor(en): **Könitzer**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Bericht über die Staatsverwaltung des Kantons Bern ... = Rapport sur l'administration de l'Etat de Berne pendant l'année ...**

Band (Jahr): - **(1909)**

PDF erstellt am: **26.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-416744>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

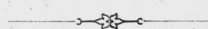
Bericht

über die

Staatsverwaltung des Kantons Bern

für

das Jahr 1909.



Bericht des Regierungspräsidiums.

Volksentscheide.

Im Berichtsjahre fanden keine eidgenössischen Abstimmungen statt, dagegen acht kantonale.

Kantonale Abstimmungen.

1. Am 31. Januar über das Gesetz betreffend die Organisation der Gerichtsbehörden, welches mit 16,727 gegen 13,693, also mit einem Mehr von 3034 Stimmen angenommen wurde.
2. An demselben Tage über das Gesetz betreffend das Notariat, welches mit 20,113 gegen 10,481, also mit einem Mehr von 9632 Stimmen angenommen wurde.
3. An demselben Tage über das Gesetz betreffend die kantonalen technischen Schulen, welches mit 21,711 gegen 8801, also mit einem Mehr von 12,910 Stimmen angenommen wurde.

Die Zahl der in kantonalen Angelegenheiten Stimmberechtigten betrug an diesem Tage 139,138.

4. Am 27. Juni über das Gesetz betreffend die Bereinigung der Grundbücher im Kanton Bern, welches mit 17,259 gegen 14,886, also mit einem Mehr von 2373 Stimmen angenommen wurde.
5. An demselben Tage über die Ergänzung von Art. 15 des Gesetzes vom 23. Februar 1908 betreffend den Schutz von Arbeiterinnen, welche mit 20,893 gegen 10,915, also mit einem Mehr von 9978 Stimmen verworfen wurde.
6. An demselben Tage über die Aufnahme einer Staatsanleihe von Fr. 30,000,000, welche mit 16,959 gegen 14,937, also mit einem Mehr von 2022 Stimmen abgelehnt wurde.

Die Zahl der in kantonalen Angelegenheiten Stimmberechtigten betrug an diesem Tage 138,649.

7. Am 31. Oktober über das Gesetz betreffend die Verwaltungsrechtspflege, welches mit 37,196 gegen 20,068, also mit einem Mehr von 17,128 Stimmen angenommen wurde.

8. An demselben Tage über das Gesetz betreffend die Besoldung der Primarlehrer, welches mit 45,286 gegen 15,421, also mit einem Mehr von 29,865 Stimmen angenommen wurde.

Die Zahl der in kantonalen Angelegenheiten Stimmberechtigten betrug an diesem Tage 139,446.

Vertretung in den eidgenössischen Räten.

Als Ständeräte — mit Amtsdauer vom 1. Dezember 1909 bis 30. November 1910 — wurden vom Grossen Rat am 24. November gewählt die bisherigen: Regierungsrat Kunz und Stadtpräsident Steiger.

Wahlen in den Nationalrat haben im Berichtsjahre nicht stattgefunden.

Grosser Rat.

Ersatzwahlen in den Grossen Rat mussten fünf getroffen werden, drei infolge Demission (im 9., 11. und 20. Wahlkreis), zwei infolge Hinscheidens der Mitglieder (im 43. und 51. Wahlkreis). Gegen diese Ersatzwahlen ist keine Beschwerde eingelangt.

In Behandlung der Beschwerde gegen die Grossratswahl vom 10. November 1907 im 49. Wahlkreise hatte der Grosse Rat am 28. Januar 1908 den Regierungsrat eingeladen, die Frage zu prüfen, ob nicht hinsichtlich des Vorgehens einzelner Wahlausschüsse weitere Massnahmen zu treffen seien. Nachdem der Regierungsrat vorerst durch den in dieser Angelegenheit amtierenden Kommissär eine Vervollständigung

der Untersuchung hatte vornehmen lassen, beschloss er am 27. Mai 1908, dem Gemeinderat einer Gemeinde in Anbetracht des unzulässigen Verhaltens einiger Mitglieder des Wahlausschusses eine Rüge erteilen zu lassen und im ferneren gegen eine Anzahl von Stimmberechtigten Strafklage zu erheben. Das Resultat dieser Strafklage gelangte im Berichtsjahre zur Kenntnis des Regierungsrates. Acht Angeschuldigte wurden verurteilt, einer freigesprochen; gegen zwei Angeschuldigte erfolgte Strafaufhebung.

Für das Verwaltungsjahr 1909/10 wurden gewählt zum Präsidenten des Grossen Rates Fabrikant Rufener in Langenthal, zu Vizepräsidenten Burgerratspräsident von Fischer in Bern und Fürsprech Scheurer in Bern, zu Stimmzählern Hotelier Gurtner in Lauterbrunnen, Typograph Näher in Biel, Bundesbeamter Probst in Bern und Landwirt Stauffer in Corgémont. In der Staatswirtschaftskommission wurde das verstorbene Mitglied Reimann durch Sekretär Fährdrich in Biel und das ausgetretene Mitglied von Erlach durch Burgerratspräsident von Fischer ersetzt.

Der Grosse Rat versammelte sich in 5 Sessionen mit 47 Sitzungen. Es wurden folgende wichtigeren Geschäfte behandelt:

1. Beratung und Beschlussfassung über Gegenstände, welche der Volksabstimmung unterliegen (Art. 26, Ziff. 1, Verf.):

- a) Gesetz betreffend die Besoldung der Primarlehrer, erste und zweite Beratung;
- b) Gesetz betreffend Ergänzung des Arbeiterinnenschutzgesetzes, erste und zweite Beratung;
- c) Gesetz betreffend die Verwaltungsrechtspflege, erste und zweite Beratung;
- d) Gesetz betreffend die Bereinigung der Grundbücher, erste und zweite Beratung;
- e) Gesetz über die direkten Staats- und Gemeindesteuern, erste, nicht beendigte Beratung;
- f) Aufnahme eines Staatsanlehens von 30,000,000 Franken.

2. Erlass von Dekreten (Art. 26, Ziff. 2, Verf.):

- a) Dekret betreffend das Lehrlingswesen in Rechts- und Verwaltungsbureaux;
- b) Dekret betreffend die Errichtung einer zweiten Pfarrstelle in der französischen Kirchgemeinde Biel;
- c) Dekret betreffend die Kammerschreiber beim Obergericht;
- d) Dekret betreffend die Organisation und Verwaltung des kantonalen Rebfonds;
- e) Dekret betreffend die Organisation der Direktion der Landwirtschaft;
- f) Dekret betreffend die Ausführung des Gesetzes über das Notariat;
- g) Dekret betreffend die Ausführung des Gesetzes über die Verwaltungsrechtspflege;
- h) Dekret betreffend die Übernahme des Technikums in Biel durch den Staat;
- i) Dekret betreffend die Verteilung des ausserordentlichen Staatsbeitrages für das Primarschulwesen;
- k) Dekret betreffend Anerkennung der Stiftung „Stipendienfonds zur Unterstützung schwach-

sinniger Kinder des Amtes Konolfingen“ als juristische Person;

- l) Dekret betreffend die Anerkennung des Asyls „Gottesgnad“ im Emmental als juristische Person;
- m) Dekret betreffend die Anerkennung der Knabenerziehungsanstalt des Amtsbezirkes Konolfingen als juristische Person;
- n) Dekret betreffend die Anerkennung der akademischen Witwen- und Waisenkasse der Universität Bern als juristische Person;
- o) Dekret betreffend die Anerkennung des Bezirksspitals in Biel als juristische Person;
- p) Dekret betreffend die Organisation der Einigungsämter;
- q) Dekret betreffend Massnahmen gegen die Tuberkulose.

Die Beratung der beiden letztgenannten Dekrete wurde im Berichtsjahre noch nicht zu Ende geführt.

3. Behandelte Motionen und beantwortete Interpellationen:

Es wurden erheblich erklärt:

- a) Die Motion Seiler und Mithafte vom 25. Februar 1909, lautend:

„Der Regierungsrat wird eingeladen, dem „Grossen Rat Bericht und Antrag darüber vorzulegen, wie die alpine Pflanzenraubwirtschaft „mit Erfolg bekämpft, oder derselben besser entgegen-gewirkt werden kann, als es bisher der „Fall war.“
- b) Die Motion der Staatswirtschaftskommission zum Staatsverwaltungsbericht pro 1908, lautend:

„Der Regierungsrat wird eingeladen, die Frage „zu prüfen und beförderlich darüber Bericht „und Antrag einzureichen, ob nicht Art. 19 der „Staatsverfassung in dem Sinne abzuändern sei, „dass auf 3500 Seelen der Bevölkerung ein „Mitglied des Grossen Rates zu wählen sei und „dass eine Bruchziffer von 1750 Seelen eben- „falls zur Wahl eines Mitgliedes berechtige.“
- c) Die Motion der Staatswirtschaftskommission zum Staatsverwaltungsbericht pro 1908, lautend:

„Der Regierungsrat wird eingeladen, die Frage „zu prüfen und beförderlich darüber Bericht „und Antrag einzureichen, ob nicht mit Rück- „sicht auf die zurzeit bestehende Dezentralisation „der verschiedenen Verwaltungszweige das gegen- „wärtige Stiftgebäude durch entsprechenden An- „bau zu erweitern sei, um eine vollständige „Zentralisation der verschiedenen Verwaltungs- „abteilungen des Regierungsrates herbeizuführen, „da zudem die derzeitigen Räumlichkeiten als „durchaus ungenügend bezeichnet werden müssen „infolge der ganz bedeutenden Zunahme der „Geschäfte seit der Herrichtung der gegenwärtigen Lokalitäten.“

Als nicht erheblich erklärt wurde die Motion Probst vom 24. November 1908 betreffend die Einführung der obligatorischen Stimmabgabe.

Von den Motionsstellern zurückgezogen wurden die im Verwaltungsbericht pro 1908 als unerledigt angeführten Motionen Boinay betreffend die Revision des Hypothekarkassagesetzes und Gross betreffend die pornographischen Publikationen.

Folgende Interpellationen wurden beantwortet:

- a) Interpellation G. Müller und Mithafte betreffend die Katastrophe am Lötschberg;
- b) Interpellation Demme betreffend die Vorlage des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb;
- c) Interpellation E. Wyss und Mithafte betreffend das Regulativ für den Maturitätsausweis der Gymnasien;
- d) Interpellation Favre und Mithafte betreffend die Vorlage des Gesetzes über die obligatorische Mobilversicherung;
- e) Interpellation G. Müller, und Mithafte betreffend den Entzug von Zuschüssen aus der Bundessubvention an pensionierte Lehrer und Lehrerinnen;
- f) Interpellation Steiger betreffend die Entweichung von Sträflingen aus der Strafanstalt Thorberg;
- g) Interpellation Ryser und Mithafte betreffend die Durchführung der Bundesgesetze über die Arbeit in den Fabriken;
- h) Interpellation G. Müller und Mithafte betreffend die Besetzung von Kollegien, die ausschliesslich vom Staate bestellt werden, oder in denen der Staat ein Vertretungsrecht besitzt.

4. Wahlen:

- a) Neuwahlen in das Obergericht (in Ausführung der Gerichtsorganisation vom 31. Januar 1909). Gewählt wurden Staatsanwalt Kummer in Thun, Staatsanwalt Gobat in Courtelary und Fürsprecher Witz in Langenthal;
- b) Bestellung des Verwaltungsgerichtes. Nachdem der Grosse Rat in Ausführung des Gesetzes vom 31. Oktober 1909 betreffend die Verwaltungsrechtspflege beschlossen hatte, vorderhand neun Mitglieder und die fünf Ersatzmänner des Verwaltungsgerichtes zu wählen und die Stelle seines Präsidenten zur ständigen Staatsstelle zu erklären, wurden gewählt zum Präsidenten des Verwaltungsgerichtes Oberrichter Schorer in Bern, zum Vizepräsidenten Nationrat Bühlmann in Grosshöchstetten, zu Mitgliedern Gerichtspräsident Gobat in Courtelary, Grossrat Hadorn in Latterbach, Kaufmann Mauerhofer in Burgdorf, Fürsprecher Dr. Volmar in Ostermundigen, Fürsprecher Dr. Boinay in Pruntrut, Fürsprecher von Büren in Bern und Fürsprecher Zraggen in Bern, als Ersatzmänner Grossrat Gürtler in Delsberg, Notar Hochuli in Lyss, Grossrat Mühlemann in Meiringen, Grossrat Stettler in Bern und Grossrat Ryser in Biel.

Vom Verzeichnis der beim Grossen Rat anhängigen Geschäfte wurden gestrichen das Gesetz betreffend die Zivilprozessordnung und die Dekrete über die Vertretung des Staates in der Verwaltung der von ihm unterstützten Armenanstalten, über das Feuerwehewesen, über die bedingte Entlassung der Sträflinge, über die Organisation und die Aufgaben der Schutzaufsicht, über die Führung und Benutzung der Strafregister.

Unerledigte Geschäfte.

Von den bei dem Grossen Rat anhängigen, aber von ihm im Berichtsjahre noch nicht zur Erledigung gebrachten Geschäften sind zu erwähnen:

1. Die Gesetze betreffend die direkten Staats- und Gemeindesteuern, betreffend die kantonale Versicherung der Gebäude gegen Feuersgefahr, betreffend die Besteuerung der Reklame, betreffend die Einführung des schweizerischen Zivilgesetzbuches, betreffend polizeiliche Massnahmen auf dem Gebiete des Armenwesens;

2. die Dekrete betreffend die Organisation der Einigungsämter, betreffend die Massnahmen gegen die Tuberkulose;

3. die Motionen E. Wyss und Mithafte betreffend Kenntnissgabe der durch das schweizerische Zivilgesetzbuch geschaffenen Änderungen an die Stimmberechtigten, Demme und Mithafte und G. Müller und Mithafte betreffend die Festsetzung eines einheitlichen Zeitpunktes für den Ladenschluss, Boinay und Mithafte betreffend Bekämpfung der Widerhandlungen gegen die Sittlichkeit, Fährdrieh betreffend die Ausserkrafteklärung von Satzung 17, Abs. 2, des Zivilgesetzbuches, G. Müller und Mithafte betreffend die Vertretung der Minderheiten bei den vom Regierungsrat zu treffenden Kommissionswahlen, A. Stauffer und Mithafte betreffend die Hülfe in den durch die Krisis in der Uhrenindustrie betroffenen Gemeinden, Salchli und Mithafte betreffend die Ausführung von § 11 des Primarschulgesetzes.

Regierungsrat.

Regierungspräsidenten waren bis Ende Mai 1909 Justizdirektor Simonin, von da an der Unterzeichnete.

Vizepräsidenten waren bis Ende Mai der Unterzeichnete, von da an Landwirtschaftsdirektor Dr. Moser.

Die Ersatzwahl für den im Jahre 1908 verstorbenen Regierungsrat Ritschard fand am 31. Januar statt. Gewählt wurde Fürsprecher Emil Lohner in Thun. Demselben wurde die Verwaltung der Direktion des Unterrichtswesens übertragen. Andere Änderungen in der Verwaltung der Direktionen fanden nicht statt.

In der Stellvertretung der Direktionen wurde die Stellvertretung des Direktors des Militärs an Regierungsrat Lohner, die Stellvertretung des Direktors des Armenwesens ebenfalls an Regierungsrat Lohner, die Stellvertretung des Direktors des Kirchenwesens an Regierungsrat von Wattenwyl übertragen. Andere Änderungen in der Stellvertretung sind nicht erfolgt.

Der Regierungsrat behandelte in 111 Sitzungen 5831 Geschäfte.

Bezirksbeamte.

Im Berichtsjahre mussten angeordnet werden:

- a) infolge des Todes der bisherigen Inhaber der Stellen Amtsrichterwahlen in den Amtsbezirken Aarwangen, Delsberg, Pruntrut, Schwarzenburg, Nieder-Simmental und Wangen, Amtsgerichtsuppleantenwahlen in den Amtsbezirken Freibergen und Ober-Simmental, eine Betriebsbeamtenwahl im Amtsbezirk Laufen;

- b) infolge von Demissionen Regierungsstatthalterwahlen in den Amtsbezirken Bern, Büren und Laupen, Gerichtspräsidentenwahlen in den Amtsbezirken Erlach, Konolfingen und Ober-Simmmental, Amtsrichterwahlen in den Amtsbezirken Oberhasle und Saanen, Amtsgerichtssuppleantenwahlen in den Amtsbezirken Büren, Laupen, Saanen und Schwarzenburg, eine Betriebsbeamtenwahl im Betreibungskreise Bern-Stadt;
 - c) infolge Ablaufs der Amtsdauer Betriebsbeamtenwahlen in den Betreibungskreisen Aarberg, Aarwangen, Schwarzenburg und Signau.
- Gegen diese Ersatzwahlen ist keine Einsprache eingelangt.

Staatskanzlei.

Das im Verwaltungsbericht pro 1908 erwähnte Initiativbegehren ist der Staatskanzlei nicht eingereicht worden.

Die Verteilung der durch den Umzug des Obergerichtes im Rathaus frei gewordenen Räume — soweit sie nicht für das Verwaltungsgericht in Anspruch genommen worden sind — an die Staatskanzlei, das Staatsarchiv und die Druckschriftenverwaltung konnte im Berichtsjahre nicht mehr erfolgen.

Über den Verkehr der Staatskanzlei geben folgende Ziffern Auskunft:

Korrespondenzen der Staatskanzlei zirka	2,000
Von der Kanzlei überwiesene Eingaben an den Regierungsrat	3,143

Vom Regierungsrat genehmigt am 15. Februar 1910.

Überweisungen an den Grossen Rat	297
Zahlungs- und Bezugsanweisungen	1,555
Ausführung von Drucksachenbestellungen	2,382
Legalisationen	16,616
Überweisung von Strafurteilen an die Regierungsstatthalterämter	483
Amtliche Publikationen in den Amtsblättern	640

Staatsarchiv.

Die Bearbeitung des Registers über die Ratsmanuale von 1885—1894 gelangte zum zettelweisen Ausziehen der Bände bis 1894. Die Tätigkeit des Bearbeiters der Fontes Rerum Bernensium erstreckte sich auf das Sammeln von Material für den 10. Band. Der Katalog der Rats- und Archivbibliothek wurde soweit gefördert, dass er etwa 18,000 Zettel erreicht. Von der Direktion des Innern wurden Akten über das Wirtschaftswesen von 1801—1879, über Gewerwesen, Landwirtschaft, Impfwesen und Förderung der Viehzucht abgeliefert. — Die Benutzung des Staatsarchivs zu Forschungszwecken ist andauernd rege. Die dringend notwendige Erweiterung der Arbeitsräume ist leider auch in diesem Jahre nicht erfolgt.

Bern, den 10. Januar 1910.

Der Regierungspräsident:

Könitzer.

Test. Der Staatschreiber: **Kistler.**